

## Regio-Kliniken: 500 Mitarbeiter protestieren

**M**ehrere Hundert Beschäftigte der Regio-Kliniken protestieren in einer Unterschriftssammlung mit Unterstützung durch verdi gegen die Absicht des Sana-Konzerns rund 350 Mitarbeiter aus den Servicebereichen – u. a. Reinigung, Küche, Patiententransport – in Billiglohntochterfirmen auszugliedern. Der Konzern setzt auf Gewinnmaximierung und will durch die Ausschaltung des jetzigen Tarifvertrags Gehaltskürzungen von bis zu 1.000,- Euro im Monat durchsetzen. Besser kann man kaum sehen, wohin die Privatisierung der einst öffentlich-gemeinnützigen Gesundheitseinrichtungen führt. Um die Sana-Pläne zu stoppen wird es weiterer Widerstandsaktivitäten bedürfen.

## Stolperstein AG: Gedenkstätten-schilder aufgestellt

**I**n den 1990er Jahren wurden auf dem Friedhof die Grabsteine von den Gräbern der Zwangsarbeiter und deren Kinder entfernt, die in der Zeit zwischen 1940 bis 1945 in Barmstedt ihr Leben lassen mussten. Seitdem regt sich der Widerstand gegen das Vergessen in unserer Stadt. Zunächst griff vor allem Gerhard Hoch aus Alveslohe das Thema auf und forderte die Wiederherstellung der unter internationalem Schutz stehenden Gräber. Seine damaligen Aktivitäten, die nicht nur in der Barmstedter Stadtvertretung auf breite Ablehnung stießen, wurden im Jahre 2005 von der neu gegründeten Stolperstein AG wieder aufgegriffen. Seitdem konnte die Initiative - im ersten Schritt - die Aufstellung einer Gedenktafel auf dem Friedhof realisieren. Jetzt gelang es nach monatelanger Verhandlung die Aufstellung von Hinweisschildern mit



der Aufschrift „Gedenkstätte Zwangsarbeitergräber“ durchzusetzen. Die Schilder sind mittlerweile an verschiedenen Straßenkreuzungen im Stadtgebiet sichtbar. Ende des Jahres will die Initiative für drei Kinder von Zwangsarbeitern, die unter den damaligen Lebensbedingungen in Barmstedt litten und viel zu früh sterben mussten, in der Au- und Mühlenstraße Stolpersteine verlegen lassen. Parallel dazu sollen Spenden für das erneute Aufstellen der Grabsteine auf dem Friedhof gesammelt werden.

## Seniorenheim Barmstedt/Rantzeau:

# Mitarbeiter sollen auf Lohn verzichten

**D**emnächst beginnen die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft verdi und dem Seniorenheim-Zweckverband über eine eventuelle Änderung des Tarifvertrages für die Beschäftigten im kommunalen Seniorenheim beim Wellenbad. Vor dem Hintergrund von gut 300.000,- Euro Jahresdefizit



**Mareyke Herrmann**  
Sozialausschuss-Vorsitzende

haben die Bürgermeisterin (Zweckverbandsvorsitzende) und einige Vertreter von Umlandgemeinden erheblichen Druck auf die Belegschaft aufgebaut, um Einkommenskürzungen durchzusetzen und so das Defizit der Einrichtung zu verringern. Inzwischen sind

genügend Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert, so dass die Gewerkschaft die Interessen und Rechte der Belegschaft vertreten kann. Hoffentlich macht sie das auch hinreichend, denn das Bestreben des Zweckverbands ist ja tarifliche Verschlechterungen beim 13. Gehalt, beim Leistungsentgelt oder bei der zusätzlichen Altersversorgung durchzusetzen. Auf jeden Fall ist die Belegschaft gut beraten die Verhandlungen äußerst wachsam zu begleiten.

Die Position der BALL ist klar: Die Belegschaft leistet sehr gute Arbeit, das Seniorenheim hat einen sehr guten Ruf. Nicht die Belegschaft hat die Defizite zu verantworten. Es besteht daher auch kein Grund von den tariflichen Rechten des Tarifvertrags zurück zu weichen. Zudem müssen erst einmal die positiven



Auswirkungen der Pflegesatzverhandlungen berücksichtigt werden. Außerdem steht noch nicht fest, ob und um welchen Betrag die hohen Zinslasten durch Umfinanzierungen ge-

senkt werden können. Wenn dann ein Restdefizit von weniger als 200.000,- Euro bliebe, hätte die Stadt einen Zuschuss von ca. 130.000,- Euro zu tragen: Das ist wohl angemessen für eine

so gute öffentliche soziale Einrichtung zur Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.

## Ostermarsch in Wedel: Wieder Krieg in Europa?

# Nicht in unserem Namen!

**M**it über 100 Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen fanden die diesjährigen Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Mehrere zehntausend Teilnehmer demonstrierten gegen Aufrüstung, Waffenexporte und Krieg.

In Wedel beteiligten sich ca. 250 Menschen an dem Marsch. Im Mittelpunkt der Redebeiträge, sowohl bei der Auftaktkundgebung als auch in der am Ende des Marsches stattfindenden Diskussionsrunde, stand der Ukraine-Konflikt. Durch den vor einem Jahr in der Ost-Ukraine entbrannten Bürgerkrieg war eine explosive Situation entstanden, die Europa an den Rand eines neuen Krieges trieb. In den Gefechten zwischen den Kiew-treuen militärischen Verbänden und den Bürgermilizen von Donezk und Lugansk sind mehr als 6000 Zivilisten ums Leben gekommen. Die Ostermarschierer forderten endlich mehr Diplomatie statt Waffen. Dieser Konflikt hat keine militärische Lösung, und es wird keine Sieger geben. Alle konstruktiven und verantwortlichen Schritte, die zu Frieden

führen können, müssen deshalb unterstützt werden.

Der 13-Punkte-Plan, der am 12. Februar auf dem Minsker Gipfel unter Vermittlung der

140 km für schwere Waffen sind mehr oder weniger umgesetzt worden. Auch die Freilassung und der Austausch aller Gefangenen sind abgeschlossen.



Kanzlerin Angela Merkel, des französischen Präsidenten Francois Hollande und des russischen Staatschefs Wladimir Putin für die Beilegung des Bürgerkrieges ausgehandelt wurde, muss jetzt, kontrolliert von die OSZE, umgesetzt werden.

Die Lage in der Ost-Ukraine ist zwar ruhig, aber nicht stabil. Der vereinbarte Waffenstillstand und die Einrichtung einer Pufferzone bis zu einer Breite von

Wesentlich schwieriger umzusetzen dürften die nächsten Schritte der Vereinbarungen von Minsk sein. Danach wird es in diesem Jahr in den Gebieten Donezk und Lugansk noch Regionalwahlen geben. Erst nach diesen Wahlen soll die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die Staatsgrenzen im Konfliktgebiet beginnen. Abgeschlossen soll der Prozess bis Ende 2015 werden – unter der

Bedingung, dass in der Ukraine bis Ende des Jahres eine neue Verfassung in Kraft tritt, die eine Dezentralisierung und einen besonderen Status der Bezirke Donezk und Lugansk enthält.

Aber es gibt noch einflussreiche Kräfte in den USA und in der NATO, die sich gegen den Entspannungsprozess stemmen. Sie wollen mehr Waffenlieferungen,

## „Krieg gegen den Terror“

Mehr als 1.3 Millionen Tote, davon eine Million im Irak, 300.000 in Afghanistan und Pakistan: das ist die bisherige Bilanz von 12 Jahren des US-geführten „Krieges gegen den Terror“. Die deutsche, US-amerikanische und die kanadische Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) stellten die erschreckenden Ergebnisse zwölf Jahre nach Beginn des Irakkrieges vor.

## Afghanistan-Krieg:

Offiziell 9 Milliarden Euro – neben Toten, Verwundeten und Traumatisierten – hat die deutsche Kriegsbeteiligung in Afghanistan gekostet. Dabei hatte die Stadt Barmstedt umgerechnet einen Anteil von rd. 1 Million Euro zu tragen. Mit dieser Million hätten ein Kindergarten oder eine neue Feuerwache oder 20 Sozialwohnungen gebaut werden können.

## Aufrüstung:

Die von den meisten Medien – von Bild bis ARD – einheitlich getragene gefährliche Kriegspropaganda und Anti-Russlandhetze zeigt erste „Erfolge“: Die CDU/CSU/SPD-Regierung will der Bundeswehr zusätzliche 8 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren für Aufrüstung und NATO-Einsätze zuteilen. Erhielten die Kommunen diese 8 Milliarden, so könnte Barmstedt fast eine weitere Million Euro im Stadthaushalt verbuchen.

Vereine, BALL und FWB bleiben dabei:

# Keine Sportstättengebühren!

Nach lebhaften Protesten von Sportlerinnen und Sportlern sowie der Vereine liess die Stadtvertretung den Plan in diesem Jahr Sporthallen- und Sportplatznutzungsgebühren für Erwachsene zu erheben fallen. Stattdessen sollten mit den Vereinen „ergebnisoffene“ Gespräche geführt werden. Ein erstes Gespräch fand jetzt am 30.3. im BMTV-Vereinsheim statt. Es wurden die bisherigen Standpunkte ausgetauscht: Der BMTV, FC Heede und SSV Rantau plädierten für die Beibehaltung der guten Praxis, dass die Stadt die Vereine durch die kos-



tenfreie Mitnutzung der städtischen Schulsporteinrichtungen unterstützt. Dabei wies der SSV Rantau darauf hin, dass der Verein die von der Stadt gepachteten Plätze an der Düsterlohe schon seit langem mit erheblichen eigenen Mitteln unterhält. Die Vertreter von BALL und FWB sprachen sich ebenfalls gegen die Erhebung von Sportstättengebühren aus, SPD und Grüne plädierten dafür die Sporttreibenden heranzuziehen, und die CDU hielt sich bedeckt. Am 18. Mai findet die nächste Runde im SSV-Vereinsheim statt.

Einwohnerfragestunde im Rathaus:

# Maulkorb abgeschafft

Die Stadtvertretung verabschiedete auf ihrer Sitzung am 31.3.2015 eine neue Geschäftsordnung. Auf Antrag der BALL-Fraktion wurde zuvor der in der alten Geschäftsordnung für die Einwohnerfragestunde enthaltene „Maulkorb“ für die Bürgerinnen und Bürger mit knapper Mehrheit gestrichen. Nach dieser al-

ten Geschäftsordnung durften Bürgerinnen und Bürger in der Einwohnerfragestunde keine



Dr. Günter Thiel  
Fraktionsvorsitzender  
der BALL

Stellungnahmen oder politische Meinungen abgeben. Die BALL-

Stadtvertreter kritisierten dies als Eingriff in das Grundrecht auf Meinungsäußerung und Bestandteil obrigkeitstaatlichen Denkens. Derartige Maulkorbformulierungen fördern weder Bürgerbeteiligung noch lebendige Demokratie. Zudem haben in den vergangenen Jahren die Ausschussvorsitzenden und der Bürgervorsteher die Einwoh-

nerfragestunde sehr viel freier gehandhabt. Und auch liessen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht das Recht zur Abgabe von Stellungnahmen, Meinungen und Kritik nicht nehmen. Schliesslich stimmten neun Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter von BALL (3), SPD (4), Grünen (1) und CDU (1) für die Streichung des Verbots von Meinungsäußerungen und Stellungnahmen in der Bürgerfragestunde, acht Stadtvertreter von FWB und CDU wollten die Geschäftsordnung in diesem Punkt nicht oder ggf. erst später ändern.

CDU/CSU/SPD-Regierung folgt Energiekonzernen:

# Fracking soll durchgesetzt werden

Die sogenannte unkonventionelle Förderung von Schiefergas (Fracking) war in der Bundesrepublik bislang nicht erlaubt. Am 01.04.2015 beschloss die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der Fracking ab 3000 Metern Tiefe ermöglicht, darüber die probeweise Anwendung erlaubt und eine spätere großflächige Einführung nicht ausschließt. Das Gesetzesvorhaben steht auch im Zusammenhang mit dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP). Und es stößt auf erheblichen gesellschaftlichen Widerstand.

„Fracking bedroht die Grundwasservorräte, die Böden und schadet dem Klima. Es ist eine Fossil-Technologie von gestern“, sagte Ann-Kathrin Schneider,

sem Widerstand sehr früh abgeschlossen.

Sogar 100 Abgeordnete der Bundestagsfraktionen von CDU und CSU drohen mit einer Ablehnung der Vorlage im Bundestag. Der grüne Umwelt-

wurf lieber den Profitinteressen der Energiekonzerne, als dass sie auf die Kritik und den Widerstand an der SPD-Basis und in der Bevölkerung eingehen.

Die Fördermethode ist nicht neu. Seit mehr als 50 Jahren

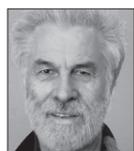
Gas entweichen und über Bohrröhre abgeführt werden kann. Wie umfangreiche Erfahrungen in den USA zeigen, besteht die Gefahr, dass das Grundwasser verseucht wird. Zudem ist offenbar auch die Auslösung von Erdbeben möglich.

Dennoch gilt dort – wie offenbar auch in Kreisen der deutschen Wirtschaft – die Förderung per Fracking nicht als Auslaufmodell, sondern Zukunftsmotiv. Die Ölmultis haben den Globus auf potentielle Abbaugelände abgesehen und sind vielerorts fündig geworden, und wollen sich die zukünftigen Möglichkeiten nicht nehmen lassen. Die notwendige rechtliche Grundlage dafür sollen vor allem Freihandelsabkommen wie TTIP schaffen. Deshalb vermuten Globalisierungskritiker und Umweltschützer auch, dass die Bundesregierung in einer Art voreilem Gehorsam hier den Boden für die Konzerne bereiten will. Ist TTIP erst beschlossen, sind Bürger, Kommunen und Staaten faktisch entmündigt. Mit der Androhung milliardenschwerer Strafzahlungen gegenüber Staaten, die Prinzipien des »Investitionsschutzes« zuwiderhandeln, gibt das Abkommen dem Privatkapital einen Universal-schlüssel in die Hand.



minister in Schleswig-Holstein kritisiert den Entwurf des „Fracking-Ermöglichungsgesetzes“. „Deutschland braucht ein Frackingverbot“, verlangte der Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Anton Hofreiter. Ein „gesetzliches Frackingverbot ohne Ausnahmen“ fordert ebenfalls die Partei Die Linke. Ganz offensichtlich folgen Wirtschaftsminister Gabriel und Umweltministerin Hendricks mit ihrem Gesetzent-

wird beispielsweise in Deutschland das konventionelle Fracking angewandt. Bei diesem wird Gas aus sehr tief liegenden Hohlräumen gefördert. Dies soll auch weiter erlaubt sein. Beim modernen Fracking wird mit Quarzsand und Chemikalien vermishtes Wasser unter hohem Druck in Schiefergestein gepresst. Durch bergmännische Querbohrungen wird das Gestein großflächig aufgebrochen, so dass aus feinen Rissen das dort lagernde



Helmut Welk  
Mitglied im  
Umweltausschuss

Energieexpertin beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „In ganz Deutschland haben sich inzwischen mehr als 2.000 Gemeinden gegen Fracking in ihren Regionen ausgesprochen. Auch die Stadt Barmstedt hat sich die-

BALL zu Straßenausbaubeiträgen:

# Anliegerbeiträge drastisch senken!

In dem Bundesländern Berlin und Baden-Württemberg werden keine Beiträge für den kommunalen Straßenausbau erhoben. In Sachsen hat es die Landesregierung den Städten und Gemeinden freigestellt, ob sie die Beiträge erheben oder nicht. Mehr als Dreiviertel der insgesamt 432 Kommunen haben dort bis Ende 2014 ihre Beitragssatzungen abgeschafft. In Bayern hat der Verband Wohneigentum Bayern e.V. im letzten November eine Unterschriftensammlung unter einer Petition zur Abschaffung der Ausbaubeiträge gestartet. Die

dert von den Verantwortlichen in den Bundesländern und Gemeinden, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten: Schliesslich sind die Kosten für das Straßennetz in Deutschland durch Steuern und Abgaben der Nutzer (z.B. Mineralöl- und Kfz-Steuer bereits vollständig gedeckt).“

In Schleswig-Holstein hat die letzte Landesregierung die Pflicht der Städte und Gemeinden zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen aufgehoben, aber Sie wurde durch die neue Landesregierung wieder eingeführt.



Petition trägt die Überschrift: „Straßen saniert – Bürger ruiniert! Weg mit der Straßenausbaubeitragsatzung.“ Weiter heißt es im Petitionstext: „Wir sehen in der derzeitigen Praxis der Beitragserhebungen für Erneuerung und Verbesserung von Straßen einen Verstoß u. a. gegen Artikel 3 und 14 des Grundgesetzes, da Straßen nicht nur von Anliegern, sondern auch von der Allgemeinheit genutzt werden. Die willkürlichen und ungleichen Anwendungen sind ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.“ Die Petition enthält u. a. folgende Forderungen an den Bayerischen Landtag:

- Herauslösung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalabgabengesetz und stattdessen Finanzierung aus Steuermitteln.
- Verpflichtung der Kommunen zur Einrichtung eines nachhaltigen Straßenbaumanagements zur Kosteneinsparung für Kommune und Bürger. (Der ganze Petitionstext ist unter [www.openpetition.de](http://www.openpetition.de) nachzulesen.)

Wer weiter im Internet das Suchwort „Straßenausbaubeiträge“ eingibt, wird sehen, dass die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bundesweit massive Proteste ausgelöst hat. Selbst der Allgemeine Deutsche Automobil Club (ADAC) nimmt in einer aktuellen Broschüre mit dem Titel „Beiträge der Anwohner zum Straßenausbau in Städten und Gemeinden“ wie folgt Stellung: „Der ADAC for-

Die Abrechnung des Ausbaus verschiedener Straßen in Barmstedt, wie z. B. der Stettiner Straße, des Jittkamps und des Nappenhorn zeigen, dass die Höhe der Ausbaubeiträge (bis zu über 10.000 Euro pro Grundstück) den Anwohnern nicht zugemutet werden kann. Für den Ausbau der Gebrüderstraße und des Weidkamps sollen die Anwohner bereits vor Baubeginn zur Kasse gebeten werden.

Außerdem, wer versteht schon, dass beim Ausbau der Mühlenstraße die Meierei/Käsefabrik mit ihren Hunderten von LKW-Bewegungen pro Tag keinen Cent für einen Ausbau bezahlen muss – weil es sich hier um eine Kreisstraße handelt –, aber die Anwohner in den anderen städtischen Straßen zur Kasse gebeten werden?

Wer kann die Abrechnung des Nappenhorn-Ausbaus noch nachvollziehen, wenn die Anwohner in der Hellwieser Chaussee für den Ausbau des Nappenhorn mit bezahlen sollen und zukünftig umgekehrt? – Verständlich ist, dass dagegen die Anwohner jetzt eine Sammelklage eingereicht haben.

Um noch einmal die Position der BALL-Fraktion zu verdeutlichen: Wir sind nicht gegen die Sanierung von städtischen Straßen, sondern wir lehnen die Finanzierung mit viel zu hohen Straßenausbaubeiträgen für die Anwohner ab.